

„Kritik und Gemeininteresse.“

Unter der Ueberschrift „Kritik und Gemeininteresse“ glaubt die amtlich verzapfte „Korrespondenz für Ernährungsfragen“ sich eine Philippika leisten zu dürfen, in der sie u. a. sagt;

Die empfindlichen Störungen in der großstädtischen Fleischversorgung hatten in der jüngsten Zeit ein starkes Anschwellen der Preßkritik unserer Lebensmittelversorgung zur Folge. Eine Unmenge von Zeitungsartikeln, die sich teilweise an Heftigkeit und Energie gegenseitig zu überbieten versuchten, beschäftigte sich mit den zutage getretenen Störungen, erhob Vorwürfe und Anklagen, stellte dieser oder jener öffentlichen Stelle das Zeugnis des Versagens, der Unfähigkeit oder Nachlässigkeit aus. Etliche von diesen Aufsätzen gaben immerhin allgemeine (und in ihrer Allgemeinheit ebenso einfache wie in der tatsächlich-praktischen Durchführung schwierige und verwickelte) positive Anregungen; andere glaubten mit möglichster Schärfe des Tones genug getan zu haben.

An eine Unterbindung dieser Kritik — selbst der positiv anregungslosen und unfruchtbaren — hat niemand gedacht. Aber ihre Urheber sollten sich der nationalen Verantwortung stärker bewußt bleiben, die sie mit jeder Zeile, die sie veröffentlichen, auf sich nehmen. Wir wissen ja alle, daß es sich bei diesen Kritiken lediglich um häusliche Auseinandersetzungen handelt, daß alle Schwierigkeiten und Störungen, die ja keineswegs an die Wurzeln der Versorgung greifen, unseren Kampf- und Siegeswillen, unsere Entschlossenheit und Fähigkeit, durchzuhalten, nicht im ent-

ferntesten berühren. Wir wissen, daß der britische Hungerplan gescheitert ist und gescheitert bleibt. Auch die verantwortlichen Politiker und Publizisten des feindlichen Auslandes dürften das — wenigstens in ihrer Mehrzahl — ganz genau wissen; aber das hindert sie nicht, unsere häuslichen Auseinandersetzungen in die Vorbereitung inneren Zusammenbruchs umzudichten und aus den hemmungsfreiesten Produkten unserer Preßkritik wirksame Waffen zur Ermütigung der eigenen Völker, zur Verlängerung des für sie längst aussichtslos gewordenen Ringens zu schmieden. Sollen die Spalten der deutschen Presse dazu dienen, allen tatsächlichen Voraussetzungen zu Trotz die Boulevardstimmungen immer wieder für die Kriegsförderung aufzupeitschen? Das wird, denken wir, kein deutscher Schriftsteller oder Redakteur wollen!

Es ist furchtbar nett von der amtlichen Korrespondenz, daß sie so gütig voraussetzt, die Kritiker an den unerhörten Zuständen, die auf unserem Nahrungsmittelmarkt seit Jahr und Tag unter der pfleglichen Duldung durch unsere nicht aus ihrem Amtschimmeltrab zu bringenden Behörden sich herausgebildet haben, hätten nicht die Absicht, das Vaterland zu verraten und den Feinden den Mut zu stärken. Es widerspricht aber glatt den Tatsachen, wenn die Korrespondenz behauptet: „An eine Unterbindung der Kritik hat niemand gedacht.“ Die Wahrheit ist, daß man sich lange Zeit sehr lebhaft um die Unterbindung der Kritik bemüht hat. Offenbar aber fühlt man seit einiger Zeit, daß man auf die Dauer dem angebotenen Maß von Empörung ohne Gefahr nicht jede Möglichkeit des Ausdrucks versagen kann. Auch die Behauptung, daß die Kritik es an sachlichen Anregungen habe fehlen lassen, ist das Gegenteil der Wahrheit. Dabei ist die erste Aufgabe der Kritik ja immerhin die Feststellung des Schlechten. Die Schaffung des Guten ist dann eigentlich Sache des Kritisierten. Wo die Behörden nach monatelangem Sträuben einmal einer dieser Anregungen, wenn auch nur unvollkommen, gefolgt sind, wie z. B. in der Butterversorgung, dort haben wir den Nutzen deutlich genug gespürt. Noch deutlicher spüren wir den wuchernden Unsegen dort, wo die Regierung bis jetzt auf keine Weise von ihren „Wach-mir-den-Pelz-mach'-mich-nicht-nach“-Methoden abzubringen war. Mit der ewigen Angstmacherei vor dem „Eindruck im Ausland“, mit der man immer wieder und in allem und jedem die Unzulänglichkeit unserer Regierung vor gebührender Kritik sichern möchte, sollte man uns doch nicht mehr kommen. Das heißt immer wieder die Symptome unterdrücken wollen, statt die Krankheit zu heilen. Lassen wir doch die Pariser Boulevards sich in Stimmungen schwindeln, wie immer sie wollen und können. Sehen wir dafür nüchtern auf die Sache. Je trugvoller jene Boulevardstimmungen sind, desto besser für uns, desto schlimmer für unsere Feinde. Daß wir deshalb aufhören sollen, die Rahe eine Rahe und die Kriegswirtschaft unserer Regierung eine betrübende Unzulänglichkeit zu nennen, ist eine sehr naive Zumutung. Im Gegenteil: Es wird immer notwendiger und immer mehr gebieterische Pflicht, gegen diese bewährte Unzulänglichkeit zu wirken. Deshalb freuen wir uns von Herzen des von der amtlichen Korrespondenz so beklagten „Anschwellens der Preßkritik“. Lange genug standen wir in dieser Kritik fast völlig vereinsamt.